Der Ausgang des Landesparteitages der Sozialdemokraten

Ueber den Verlauf des sozialdemokratischen Landesparteitages berichten sämtliche sozialdemokratischen Zeitungen in langen Leitartikeln, und sämtliche Zeitungen erklären den Landesparteitag als ein Ende des Sachsenkonflikts. Wie wir gestern schon mitteilten, soll die sozialdemokratische Fraktion Anträge einbringen, in denen die 10 Millionen Mark für Notstandsarbeiten, 10 Millionen Mark zur Unterstützung der in Not Geratenen und 30 Millionen Mark zum Wohnungsbau gefordert. Man hofft, daß die Koalition mit den Bürgerlichen dadurch gerettet werde. Dann soll spätestens Anfang März die Landtagsauflösung erfolgen. Zu den Anträgen möchten wir bemerken: Wir halten diese Anträge für durchaus durchführbar und möglich, insbesondere, da ähnliche Anträge von uns sehr oft gestellt worden sind. So verlangte speziell unser letzter Erwerbslosenantrag von der sächsischen Regierung die Zurverfügungstellung von Sondermitteln. Damals erklärten die Sozialdemokraten einschließlich des linken Flügels, daß eine solche Möglichkeit in Sachsen nicht bestehe. Wir unterstreichen dagegen die Anträge der Sozialdemokraten und empfehlen der gesamten Arbeiterschaft, sich speziell dieses Vorgehen zu merken und daraus zu ersehen, daß die bisherigen Behauptungen, die Kommunisten stellten nur unerfüllbare Agitationsanträge, unwahr waren und nur den Interessen des Bürgertums dienten.

Trotz der langen Artikel der sozialdemokratischen Zeitungen machen wir von vornherein die Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß es sich noch um ein Kompromiß mit den Rechten handelt, dem ein Teil dieser nicht zugestimmt hat, daß keineswegs die Arbeiterschaft und insbesondere die SPD.-Arbeiter jetzt auf die Schritte der Führer rechnen dürfen, sondern ihren Druck verstärken müssen, um dem Beschluß des Landesparteitages Geltung zu verschaffen. Es ist bezeichnend, daß das „Sächsische Volksblatt" hinter der Ueberschrift „Vor der Auflösung des Sächsischen Landtages" ein Fragezeichen setzt, und die gesamte Presse der Sozialdemokraten sich bemühen muß, das Mißtrauen der sozialdemokratischen Arbeiter zu beschwichtigen. Die „Leipziger Volkszeitung" schreibt: „Die Partei ist frei. Für die aber, die die traurigen Erfahrungen der Vergangenheit leider mit Recht mißtrauisch gemacht haben, sei noch einmal gesagt: Der Parteivorstand steht jetzt hinter dem Landesparteitag, steht hinter den Landesinstanzen, steht hinter den Anträgen. Wenn diesmal jemand wagen sollte, die gefaßten Beschlüsse zu sabotieren, sieht er sich einer geschlossenen Front gegenüber und steht außerhalb der Organisation." Und das „Sächsische Volksblatt" erklärt: „Es ist durchaus begreiflich, wenn die Parteigenossen im Lande dem Ergebnis des Landesparteitages mit Zurückhaltung und Mißtrauen gegenüberstehen. Das ist den letzten Jahren durch mancherlei Vorkommnisse untergrabene Vertrauen ist nicht mit einem Schlage wiederhergestellt. Darum sagen wir, der sächsische Konflikt ist erst dann endgültig beigelegt, wenn die 23 ihr bei den Verhandlungen in Dresden gegebenes Versprechen eingelöst haben, wenn der Landtag aufgelöst ist."

Diese Stimmen der sächsischen sozialdemokratischen Blätter sind nicht sehr vertrauensvoll, und auch die „Leipziger Volkszeitung" schreibt zu den 23: „Die Genossen werden sich, nachdem die Entscheidung vom 31. Januar gefallen ist, für die Rolle, die ihnen die Bürgerlichen zumuten, schönstens bedanken. Ihr eigenes Gewissen wird ihnen sagen, daß sie der Partei die Treue zu halten haben. Selbst wenn aber der Fall eintreten sollte, den wir nach dem Ausgang der Landesversammlung für unmöglich halten, daß einige Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, der Landesversammlung und dem Parteivorstand die Disziplin brechen würden, so wäre der Landtag nur dann vor der baldigen Auflösung gerettet, wenn die Deutschnationalen mit in die Koalition einbezogen würden." Das ist unmöglich."

Bezeichnend ist auch noch, daß der „Vorwärts" den Beschluß des Sächsischen Landesparteitages in acht Zeilen mitteilt und kein Wort von der bevorstehenden Landtagsauflösung erwähnt. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft darf sich keinen Hoffnungen hingeben, sondern muß alle Kraft anwenden, um ihren Willen durchzusetzen. Der Landesparteitag hat nicht aufgeräumt mit den Renegaten, sondern mit ihnen erneut ein Kompromiß geschlossen und einen Teil der Rechten dadurch eher bestärkt als erschüttert. Insbesondere die Erklärungen von Arzt werden dazu beitragen, den Rechten erneute Positionen zu schaffen. Nach der „Dresdner Volkszeitung" hat Arzt erklärt, daß sie jetzt auch erreichen werden, daß die bisherigen Genossen der Fraktionsmehrheit wieder einrücken in die breite Kampffront der Parteiorganisation. Eine solche Stellung bedeutet keinen Vorstoß gegen die ausgesprochenen Verräter.

Das Bürgertum wendet sich gegen den Beschluß und fordert die Rechten auf, denselben nicht Folge zu leisten. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" zeigen die verfassungsmäßigen Wege, auf denen es möglich wäre, den Beschluß zu umgehen und die Landtagsauflösung noch lange Zeit zu verschleppen. Da schließlich, daß zwar Heilich 5 Rechte aus dem Klub der 23 herausschleppen konnte, so ist doch die bisherige schwankende Rolle Heilichs keine Garantie dafür, daß es so bleibt. Da aber anderseits 8 Rechte den Parteitag verlassen und sich an seinen Verhandlungen nicht mehr beteiligt haben, ist zu erwarten, daß diese 8 auch bei den entscheidenden Beratungen und Abstimmungen dazu mit aller Entschiedenheit die Auflösung durchsetzt, besteht die Gewähr, daß den Forderungen der sächsischen Arbeiter Rechnung getragen wird.

Die Fememordhelfer freigelassen

Berlin, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige nichtöffentliche Sitzung im Berliner Fememordprozeß hatte das Ergebnis, daß die wegen Anstiftung zum Mord angeklagten Offiziere Hauptmann a. D. Guenther und Oberst a. D. von Senden, der leitende der Führer eines Regiments der schwarzen Reichswehr, aus der Haft entlassen wurden. Die Anklage war gegen sie erhoben worden, weil ihr näherer Umgang mit Leutnant a. D. Mann die Mitwisserschaft an der Ermordung des Schützen Vanniek für gewiß erscheinen läßt. Aber auch in anderen Fällen zieht schwerer Verdacht auf ihnen. Die auf Antrag der Verteidigung geheime Beratung hat aber den Zweck, die Machenschaften der mächtigen politischen Hintermänner zu verheimlichen. Heute soll mit der Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen begonnen werden, doch nimmt man damit, daß das Urteil schon heute gefällt wird.

Die „Führer" der Völkischen

Das „Berliner Tageblatt" meldet:

In Bernburg kam es vor dem Parkum auf offener Straße zwischen den beiden Führern der sich gegenseitig bekämpfenden nationalsozialistischen Gruppen, einem Dr. Telch und dem Justizsekretär Hoefle, zu einer tollen Schlägerei. Beide bearbeiten sich in Gegenwart einer hundertköpfigen Menge mit Spazierstöcken. Heide malträtierten einander mit „Lump" und „Strolch".

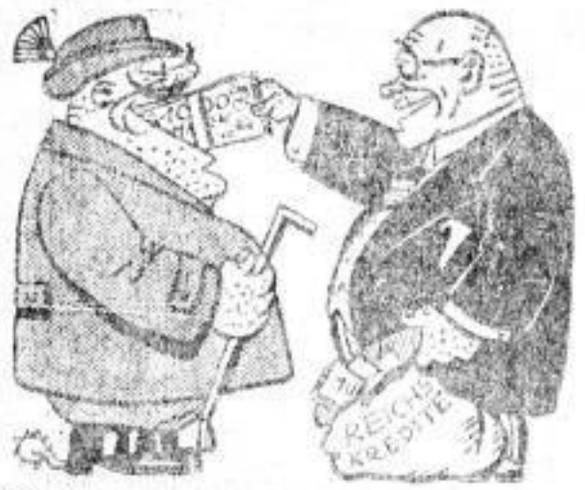
Krach bei den Jungdeutschen

Wie die Morgenblätter aus Kassel melden, hat die Frankreichpolitik des Ordenshochmeisters Mahraun in Niederhessen zum Ausgangspunkt der Bewegung zur Zerspliterung des Jungdeutschen Ordens geführt. Die 31 aus dem Orden ausgetretenen Bruderschaften haben sich in Kassel zu einem Jungdeutschen Treubund zusammengeschlossen.

Die Frankreichpolitik Mahraun, der bekanntlich eine Verständigung mit dem Erbfeind anstrebt, ist der Versuch einer nationalsozialistischen Gruppe, nach dem Vorbild der nationalen Politik dem neuen Hindenburgkurs zu folgen. Die betrogenen Anhänger wollen aber jetzt nicht mit auf dem Weg des „Obersten Kriegsherrn".

Neue Putschbewegung Hitlers

München, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Adolf Hitler hat einen Aufruf an seine Anhänger gerichtet, in dem er „die besten und entschlossensten" der Bewegung auffruft, Schutzstaffeln zu bilden, die miteinander verbunden und organisiert mit der Oberleitung mit dem Sitz in München zusammengefaßt werden sollen. Die neuen organisatorischen Maßnahmen sollen die faschistischen Jünglinge wieder ein wenig aufmuntern. Der Vorstoß nach der Hindenburgwahl hat die Reihen gelichtet.



Maßnahmen zur Steuerung der allgemeinen Not in der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen beraten werden."

Justizverbrechen gegen Kommunisten

Leipzig, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat den Bergmann Karl Braun aus Aachen wegen Vorbereitung zum Hochverrat im besetzten Gebiet, begangen im Frühjahr 1924, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Rechtsanwalt Obuch hatte Amnestie beantragt. Genosse Braun ist wegen desselben Tatbestandes — angeblichem Besitz einiger Waffen und unbrauchbarer Handgranaten — bereits vom belgischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das neue Urteil erfolgte, trotzdem nach der Grundsätze der deutschen Justiz lautet, daß niemand wegen desselben Vergehens zweimal bestraft werden kann.

Unternehmeroffensive

Berlin, 2. Februar. Die Morgenblätter melden aus Elberfeld: Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe hat das Lohnabkommen zum 28. Februar 1926 gekündigt und eine Herabsetzung der Löhne gefordert. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften finden am 11. Februar statt.

Der Reichsarbeitsminister gegen Lohnerhöhung

Dresden, 1. Febr. Der Deutsche Bankbeamten-Verein E. V. teilt mit, daß der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für das Bankgewerbe vom 28. Dezember 1925, der die Gehälter um 4 Prozent erhöhte und den Manteltarifvertrag bis zum 31. März 1927 verlängerte, abgelehnt hat. Neue Schlichtungsverhandlungen werden voraussichtlich am nächsten Mittwoch den 3. Februar stattfinden.

Einigung der Freidenker

Leipzig. Am Sonntag abend fand die zweite Hauptversammlung der Gemeinschaft proletarischer Freidenker ihr Ende. Das Ziel der Tagung, eine Einigung, wurde erreicht. Gen. Prof. Hartwich gibt die Meinung der Schiedskommission kund, daß die Streitigkeiten in Leipzig beendet seien. Die wieder versuchte Einigung sei durch die Sabotage des Genossen Otto Rühle unterbunden worden. Nach dem neuen, angenommenen Statut werden gewählt: eine siebengliedrige Geschäftskommission, eine Kontrollkommission, ein Bildungsausschuß, sowie eine Kriegserbeitsgemeinschaft. Der langjährige frühere Generalsekretär Wolf hatte am Sonntag morgen bereits seinen Austritt erklärt, damit seine Person nicht als Vorwand einer Spaltung benutzt werden konnte. Es wird der Beitritt der Gesellschaft zur internationalen Freidenkerorganisation einstimmig beschlossen. Die Tagung hat bewiesen, daß sich die Arbeiterschaft angesichts der wirtschaftlichen Lage ihre Kulturorganisation, die Ges., nicht zerschlagen läßt.

Einheitskomitee gegen den Fürstenraub

Kassel. In Gudensberg bei Kassel wurde ein Aktionsausschuß zur restlosen Enteignung der Fürsten gebildet, dem folgende Organisationen angehören: SPD., Bauarbeiterverband, Eisenbahnerverband, Landarbeiterverband und Zimmererverband. Das Aktionskomitee hat für den 7. Februar eine Kreiskonferenz für den gesamten Kreis Fritzlar angesetzt, an der alle Partei- und Gewerkschaftsvorstände, sowie die Vorstände aller anderen Arbeiterorganisationen teilnehmen sollen. Tagesordnung dieser Konferenz ist: Die gemeinsame Arbeit im Kreise zur Durchführung des Volksentscheids.

Beilegung eines deutsch-russischen Zwischenfalls

Berlin, 1. Februar. (Telunion.) In der Angelegenheit der Verletzung der für die deutsche Botschaft in Moskau bestimmten Amtspost des Generalkonsulats in Tiflis hat die von der Sowjetregierung angestellte Untersuchung ergeben, daß ein Agent der transkaukasischen außerordentlichen Kommission aus eigener Initiative und ohne Wissen seiner Vorgesetzten auf dem Bahnhof in Tiflis den von dem deutschen Reisenden aufgegebenen Koffer zurückbehalten und das darin befindliche amtliche Paket geöffnet und beschlagnahmt hat. Die Sowjetregierung hat auf Grund der Untersuchungsergebnisses durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes dem deutschen Geschäftsträger ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und in einer Note von der Entlassung des schuldigen Agenten von seinem Posten Kenntnis gegeben, sowie seine Bestrafung in Aussicht gestellt. Der an dem Vorfall mitschuldige Eisenbahnangestellte ist in Haft genommen und zur Verantwortung gezogen. Die deutsche Regierung sieht somit, sobald die in Aussicht gestellte Rückgabe der Amtspost erfolgt ist, diesen Vorfall als erledigt an. Wegen Regelung des im Zusammenhang mit der Verhaftung der Konsularagenten im Zusammenhang stehenden Vorfalles sind die Verhandlungen mit der Sowjetregierung noch nicht abgeschlossen.

Franz Mehring zum Gedächtnis

Gestorben am 29. Januar 1919

Es spricht sich leicht hin, daß jede große wirkende Kraft zu ersetzen sei, aber es ist nicht wahr. Die deutsche Arbeiterklasse blutet noch immer aus den Wunden, die ihr der Januar 1919 geschlagen hat. Weg nicht empfindet, wie sehr uns die lodernde Tatkraft Karl's, die Klugheit, das Wissen und die revolutionäre Glut Rosa's in den schweren Jahren der Konterrevolution gefehlt haben, der hat kein feines Wesen und Wirken seine Ahnung. Der Schlag, der Rosas Schädel zerschmetterte, der Schuß, der unsern Karl traf, sie trafen auch Franz Mehring. Und seitdem klafft eine Lücke, die bis heute nicht ausgefüllt ist.

Vielleicht noch die in den letzten sieben Jahren haben wir diese Lücke so stark empfunden, als gerade jetzt. Die Gespenster des Mittelalters steigen auf. Sie greifen heute nach dem Gut des Volkes, um morgen nach dem Zepter zu greifen. Ein zweites Kabinett Luther hat sich eben festgesetzt, das ein Kabinett der Junker und Industriellen ist. Die Monarchie, die Kapitalsmacht, das Junkertum, das war die Dreieinigkeit, die Franz Mehring bis an der ganzen Bitterkeit des Kampfes, und die er kannte wie kein anderer. Und er hieb ein auf sie mit der Schonungslosigkeit und zugleich der Eleganz eines Fechters, der des Rechts seiner Sache ebenso sicher war wie der Schneidigkeit seiner Waffe.

Gelegentlich sagte Mehring: „Eine große Weltperiode stirbt niemals so schnell ab, wie ihre Erben zu hoffen pflegen und vielleich auch, um sie mit gehörigem Nachdruck bekennen zu können, hoffen müssen; gerade die Heftigkeit des Angriffs raffte noch einmal alle Kräfte des Widerstandes zusammen." Seit sieben Jahren erfahren wir an unseren eigenen Kämpfen und Niederlagen, wie die alten Mächte auf unterwühlten und geborstenen Fundamenten den Bau ihrer Herrschaft immer wieder so notdürftig ausbessern, daß er bisher jeden neuen Anprall aushalten konnte. Mehring kannte auch die Wurzeln dieser Widerstandskraft. Die Monopolisierung und straffe Organisierung der Gewaltmittel des Staates gibt der herrschenden Klasse so lange ein gewaltiges Uebergewicht, als in den Volksmassen selber noch diese Herrschaft als berechtigt und notwendig, als selbstverständlich und vorgegeben anerkannt wird. Dieses Bewußtsein wirkt im Volk, wenn jeder herrschenden Minderheit durch Geschichtslügen erzeugt, für die sich stets Märchenerzähler genug finden und die unerschütterlicher Autoritätsglaube durch Schule, Presse usw. in das Bewußtsein des Volkes eingeimpft werden. Wie der arbeitsscheue Narr von Doorn sich selber für ein „Instrument des Himmels" hielt, so spielt sich die herrschende Klasse immer als eine Gesellschaft von Halbgöttern auf, die um ihrer Verdienste und Fähigkeiten willen berufen sind, den „Ewig-Gestern" zu leisten. Wer den Himmel stürmen will, muß erst seine Insassen ihrer Gottähnlichkeit entkleiden, muß sie zeigen, nackt wie sie sind.

Den Himmel des deutschen Volkes zu entgötzern, das hat Franz Mehring als seine Lebensaufgabe betrachtet. In seinen Schriften in den meisten der glänzenden Aufsätze der „Neuen Zeit" hat er dem preußischen Junkertum zumal und seinem ersten Repräsentanten, den Hohenzollern, den Flitter vom Leibe gerissen, hat er die Legenden zerstört, die eine leitende Geschichtsschreibung um sie gewoben. Er hat seine Kälte und diese Dynastie gezeichnet wie sie waren und wie sie sind, mit ihrer unersättlichen Habgier, ihrem Machtdünkel, ihrer Brutalität, ihren Verbrechen und ihrer Fäulnis. Heute, wo es so billig ist, können bürgerliche Schriftsteller und -leidenen, daß der alte Fritz, dieser „erste Diener seines Staates", ein verschlagener, tückischer Schuft und Tyrann, daß dieser „Vorkämpfer der deutschen Freiheit" ein elender Söldling Frankreichs und Englands und ein Hochverräter war, der für die Interessen des Auslandes Blut und Gut seines Volkes verschwendete. Die Entdeckung kommt dreieinhalb Jahrzehnte zu spät. Franz Mehring hat in seiner „Lessing-Legende" nicht nur die Ehre Lessings, des ersten Vorkämpfers des revolutionären deutschen Bürgertums, wiederhergestellt. Er hat auch den alten Popanz von wie mit Blut und Schande befleckt der Hermelin der Hohenzollern ist. Franz Mehring hat in seinen Schriften über die Zeit von 1806 bis 1815 die Fäulnis des altpreußischen Staates, dieses Ideals unserer Konterrevolution, aufgedeckt und die Erbärmlichkeit, Feigheit, Kriecherei und die stete Bereitschaft zum Hochverrat, die die „Edelsten und Besten der Nation" so gezeichnet hat. Und er wurde nicht müde, dem deutschen Volke und vor allem der deutschen Arbeiterklasse täglich in Wort und unwiderleglich zu beweisen: Eure Herren, die euch plündern und politisch knebeln, die stets bereit sind für den Tag, wo der Säbel haut und die Flinte schießt, diese Herren sind eine verrottete, ins Mark verfaulte Klasse. Sie wird stürzen an dem Tage, wo ihr den letzten Rest des Glaubens an ihre Gottähnlichkeit verloren habt.

Und heute, wo die Gespenster von vorgestern wieder auftauchen, mit ihrer alten Unverfrorenheit und Habgier, heute ist die Gelegenheit, das Werk von Franz Mehring zu vollenden, dem er nicht seine ganze, aber doch einen wertvollen Teil seiner Kraft gewidmet hat. Wie würde er jetzt draufschlagen auf die Parvenüschädel und die Junkerwänste, und wie würde er die traurigen Gestalten der „deutschen Demokratie" verlachen, die nicht einmal die Courage hat, sich zu ihrer eigenen Republik zu bekennen und den Fürsten den verdienten Fußtritt zu geben! Wir können nur die Waffen gebrauchen, die er geschmiedet hat. Und das wollen wir tun mit ganzer Kraft.

Paul Fröhlich.

Rund um die Intervention.

Vor einiger Zeit hat die britische Regierung beschlossen ihre Hilfe auf die Front des Generals Denekin zu konzentrieren. Ich bin glücklich, Ihnen mitteilen zu können, daß das Kabinett auf mein Ersuchen eingewilligt hat, erneut 5 Millionen Pfund für diese Sendung von Kriegsmaterial und Waffen für die General Denikin zur Verfügung zu stellen. Ew. Exzellenz werden begreifen, daß angesichts des Erschöpfungszustandes, in den die Anstrengungen der letzten fünf Jahre unsere Finanzen versetzt haben, dieser Kredit fast das Maximum der materiellen Hilfe darstellt, die wir zu leisten vermögen.

Das Kabinett erachtet es angesichts der geringen Entfernung von Denikins Armee von Moskau und der Tatsache, daß sie die landwirtschaftlichen und bergbaulichen Zentren Rußlands besetzt hält, für notwendig und nützlich, diese Armee weiter zu unterhalten.

Aus einem Telegramm des englischen Kriegsministers an Admiral Koltschak vom 10. Okt. 1919.